

Der Bund, 3. April 2013

Tribüne Die Ventilklausel macht die Schweiz nicht weniger attraktiv für Zuwanderer. Die Konfrontation mit Brüssel lohnt sich nicht. **Thomas Gees**

Sehnsucht nach Symbolpolitik

Demnächst wird der Bundesrat entscheiden, ob er die im Freizügigkeitsabkommen vorgesehene Schutz- bzw. «Ventil»-Klausel weiter anwenden und neu auf den gesamten EU-Raum ausdehnen soll. Die neu entflammte Ausländerdebatte rund um die Ventilklausel erinnert an die 1960er-Jahre. Auch damals erwarteten viele - von den Gewerkschaften bis zu den rechtskonservativen Bewegungen um den Zürcher Nationalrat James Schwarzenbach - griffige Massnahmen zur Einschränkung der Zuwanderung.

Wer nüchtern auf 50 Jahre schweizerische Migrationspolitik zurückschaut, kommt zum Schluss, dass politisch verfügbare Zuwanderungsrestriktionen noch nie den beabsichtigten Effekt gebracht haben; auch die Ventilklausel steht in einer Tradition von wirkungslosen Zuwanderungsmassnahmen. Sollte der Bundesrat die Ventilklausel demnächst anrufen, wird er damit keine Wende schaffen. Er weiss es, und die meisten Befürworter der Ventilklausel wissen es auch.

Die Frage stellt sich: Warum ist bis tief in die Mitteparteien die Sehnsucht verbreitet, vom Bundesrat die Ventilklausel zu verlangen und damit einer rein symbolischen Politik das Wort zu reden? Das Begehren nach kontingentierter Zuwanderung gründet in einem interessanten, häufig aber missverstandenen Phänomen aus der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre. Damals nahm erstmals und einzig in der Nachkriegszeit der Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung ab. Viele Politiker sind heute der Auffassung, dass die damals kontingentierte Zuwan-

derungspolitik für den Rückgang des Ausländeranteils verantwortlich war, weshalb eine Rückkehr zu diesen Massnahmen weit verbreitet und populär ist.

Warum aber ging Ende der 1970er-Jahre die Zuwanderung tatsächlich zurück? Als Folge der Öl- und Wirtschaftskrise sank die Beschäftigung in Europa und der Schweiz dramatisch, doch die Schweizer Arbeitslosenstatistik zeigte im Vergleich rekordtiefe Werte. Ungefähr 200 000 ausländische Arbeitslose kehrten der Schweiz den Rücken zu, weil sie hier keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen konnten. Nicht die Zuwanderungsrestriktionen, sondern eine schwere Rezession drosselte die Zuwanderung.

Der Bundesrat steht heute wie damals vor dem gleichen Dilemma. Auf der einen Seite wird er von den Unternehmungen bedrängt, welche möglichst ungehindert auf Ausländer zurückgreifen wollen; zudem erwarten die europäischen Regierungen ganz einfach, dass die Schweiz ihren Arbeitsmarkt offen hält. Dies ist ein europäisches Gebot, eine wichtige Freiheit des Binnenmarktes. Will der Bundesrat die Schweiz europapolitisch vorwärtsbringen, wird er sich beim Ventilklausel-Entscheid überlegen müssen, ob er sich eine weitere Konfrontation mit Brüssel aufhalsen soll.

Luxemburg macht's vor

Nun gab und gibt es innenpolitisch starke Kräfte, welche mit der Zuwanderung Politik und Wahlkampf betreiben. In den 1960er-Jahren thematisierten diese Kreise zu grosse Schulklassen und zu wenig Spitalbetten, heute wird der

Ausländeranteil mit Verweis auf überfüllte Züge und hohe Mieten beklagt. Damals wie heute tun die Politiker so, als liesse sich die Zuwanderung steuern, wenn man nur die richtigen Massnahmen anwenden würde.

Der Bundesrat und mit ihm die gewählten Volksvertreter im Parlament haben es in den vergangenen 50 Jahren versäumt, den Bürgerinnen und Bürgern die Schweiz als Einwanderungsland näher zu bringen. Statt über die Ventilklausel könnte man über das Beispiel Luxemburg diskutieren, das mit einem doppelt so hohen Ausländeranteil problemlos fertig wird. Die Schweiz ist faktisch Teil eines 500 Millionen zählenden Wirtschaftsraumes und damit ökonomisch ein Binnenland mit anhaltend hoher Zuwanderung. Die vielen europäischen Arbeitskräfte sind nicht die Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs, sondern der sichtbare Ausdruck eines reichen Landes.

Thomas Gees, Historiker, ist Dozent am Fachbereich Wirtschaft der Berner Fachhochschule (BFH).

Die Ventilklausel steht in einer Tradition von wirkungslosen Zuwanderungsmassnahmen.